

## Kritikpunkte im Einzelnen

■ **Aufteilungskriterien nach Klasse 4:** Ein kompetenzorientierter Test in Klasse 4 der Grundschulen soll die Grundlage für die Empfehlung der Schulform legen; die Entscheidung bleibt in der Verantwortung der Eltern. Damit ist die Gefahr verbunden, dass der Unterricht in der Grundschule sich nicht in erster Linie an den Lernvoraussetzungen und Förderbedürfnissen jeder einzelnen Schülerin orientiert, sondern an den Kompetenztests – insbesondere dann, wenn es nicht gelingt, beide Säulen des zukünftigen Schulsystems wirklich gleichwertig zu machen.

■ **Anspruch an pädagogische Konzepte:** Die Stadtteilschule soll „differenzierte und innovative pädagogische Ansätze entwickeln und umsetzen, insbesondere zur individuellen Förderung eines jeden Kindes.“ Diese scheinbare Selbstverständlichkeit ist offenbar für die Gymnasien nicht vorgesehen.

■ **Frühzeitige Festlegung auf Laufbahn:** Die Stadtteilschule soll in enger Kooperation mit der Wirtschaft eine frühzeitige Arbeits- und Berufsorientierung bieten und in der Oberstufe zusätzlich auf das Studium hin orientieren. Entgegen allen Erkenntnissen auch aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung wird dadurch, dass diese Orientierung nicht für das Gymnasium vorgesehen ist, die Trennung zwischen beruflicher Bildung und Arbeitswelt auf der einen, dem Hochschulstudium auf der anderen Seite festgeschrieben.

■ **Übergangsregelungen:** Dass die CDU selbst nicht an die so genannte Gleichwertigkeit beider Schulformen glaubt, wird bei der Regelung des Übergangs von der einen zur anderen Schulform deutlich. Nach Klasse 6 entscheidet die Schule über den weiteren Verbleib am Gymnasium. In dem CDU-Beschluss heißt es zwar: „*Ein Wechsel soll grundsätzlich nur bis zum Ende der Klasse 6 in jede Richtung möglich sein. Zum Ende der Klasse 6 treffen die Schulen die Entscheidung über die weitere Schullaufbahn und übernehmen diesbezüglich eine besondere Verantwortung für ihre Schülerinnen und Schüler*“. Aber: Ist damit gemeint, dass ein Übergang von der Stadtteilschule auf das Gymnasium ebenso gegen den Willen der Eltern entschieden wird wie der vom Gymnasium auf die Stadtteilschule? Wohl kaum.

■ **Auslese an Gymnasien:** An dieser Regelung zeigt sich, dass Durchlässigkeit nur in eine Richtung funktioniert. Darüber hinaus werden mit dieser Regelung die Probleme unseres jetzigen Schulsystems noch verschärft. Der Selektionsdruck auf die Schülerinnen und Schüler wird jetzt ausschließlich auf die Jahrgänge 5 und 6 vorgezogen und damit massiv verschärft. Ein Abschulen vom Gymnasium war bisher in der gesamten SEK I möglich, das soll nun nur noch bis zum Ende der Klasse 6 gehen. Die Gymnasien werden also gezwungen sein, eine rigorose Auslese in 5 und 6 vorzunehmen, wenn sie verhindern wollen, dass ihre Vergleichsdaten im Rahmen der selbstverantworteten Schule in der Konkurrenz zu den übrigen Gymnasien sich verschlechtern, was Abschlüsse und Testleistungen betrifft.

■ **Existenzdruck der Gymnasien:** Gleichzeitig stehen sie unter einem Existenzdruck, weil zu viele Abschlüsse die Schülerzahlen so reduzieren, dass ihr Weiterbestehen in Frage gestellt ist. Wie sollen sich Gymnasien in dieser Zwickmühle verhalten – auch angesichts der Orientierung auf wissenschaftsorientiertes, eigenständiges, schnelles Lernen und der Absage an Förderkonzepte und Unterstützungssysteme? Auch wenn sie, wie der CDU-Beschluss feststellt: „von

dem besonderen - auch zeitlichen - Anspruch dieser Schulform“ wissen, wird ihnen das wenig helfen, wenn die Mittel an den Gymnasien fehlen.

■ **Wechsel-Probleme:** Auf der anderen Seite haben die „Rückläufer“ auf die Stadtteilschule zwei Jahre handlungsorientiertes, arbeitswelt- und berufsorientiertes Lernen versäumt, was nur dann leicht kompensierbar wäre, wenn man gar nicht so sehr von der Gleichwertigkeit beider Lernformen überzeugt ist.

■ **Fernab von wissenschaftlichen Erkenntnissen:** Die völlige Begriffsverwirrung zwischen Handlungsorientierung (Stadtteilschule), eigenständigem Lernen (Gymnasium), Berufs- und Arbeitsorientierung (Stadtteilschule) und Wissenschaftsorientierung (Gymnasium) und deren Aufteilung auf die zwei Säulen und Begabungstypen zeigt, dass auch pädagogisch der Stand der Wissenschaft ignoriert wird. Längst ist hier Gemeingut, dass all das zu guter Schule gehört. Die Konstruktion, diese Methodik auf zwei Begabungstypen zu verteilen, entspringt offensichtlich aus der Konstruktion, zwei Schularten zur Voraussetzung zu machen, und nicht umgekehrt.

■ **Drei Säulen:** Das Ausklammern der Sonder- und Förderschulen ist in diesem Modell nur konsequent. Schon die Begrifflichkeit der „Zwei Säulen“ unter explizitem Ausschluss dieser Schularten ist diskriminierend und zeigt den Stellenwert, der ihnen von der CDU beigemessen wird. Der Gedanke, die Stadtteilschulen nicht noch zusätzlich mit den Förderschüler zu „belasten“, ist folgerichtig, wenn das System so konstruiert wird, dass die sozial, kulturell und wirtschaftlich Benachteiligten sich ohnehin in der Stadtteilschule konzentrieren. Entgegen der Rede von der Gleichwertigkeit sieht das die CDU offenbar so. Inklusion und Integration sind offensichtlich nur in einer Schule für alle möglich, in der jeder und jede individuell gefördert werden kann. Ad absurdum führt sich der Vorschlag von selbst, wenn er formuliert, dass die Anzahl der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf sich nicht erhöhen darf, *„die Aufnahme erfolgt ...künftig ... nach Prioritäten.“* Das bedeutet im Klartext, die Feststellung von sonderpädagogischem Förderbedarf richtet sich nicht nach diagnostischen Erkenntnissen, sondern nach Kapazitäten. Damit aber ist dieses System generell in Frage gestellt. Auch wenn dahinter die (gute) Absicht steht, nicht wie z.B. in Sachsen das Zwei-Säulen-Modell durch massive Ausweitung der Förderschulen zu erkaufen, so bleibt eine Kontingentierung pädagogisch ebenfalls äußerst fragwürdig.

■ **Berufliche Bildung:** Die Aufnahme der Aufbau- und der Berufliche Gymnasien in die Säule Stadtteilschule ist deshalb außerordentlich fragwürdig, weil sie die Trennung in die „höhere“ gymnasiale Bildung auf der einen, die berufliche auf der anderen Seite noch stärker akzentuiert, als das gegenwärtig bereits der Fall ist. Zum einen wird die Gemeinsamkeit zwischen der beruflichen Bildung im dualen System und in Vollzeitbildungsgängen, die an den Berufsschulen zum Abitur führen, zerstört, in dem der eine Bereich ausgelagert wird. Zum anderen stehen in Zukunft alle Bildungswege und -gänge, die nicht das achtstufige traditionelle Gymnasium sind, diesen in einer Schulform gegenüber. Der Gedanke, berufliche Bildung und allgemeine Bildung in der SEK II miteinander zu verzahnen, indem Bildungsgänge gemeinsam unter einem Dach stattfinden, bestimmte Lerninhalte gemeinsam vermittelt werden und Berufsschullehrkräfte auch an allgemeinbildenden Schulen arbeiten (und umgekehrt), ist richtig. Nur in einem Zwei-Säulen-Modell bleibt die zentrale Schwachstelle, dass dies nur in dem einen Teil des Schulsystems stattfinden soll – ein selbst geschaffenes Problem.

In Hamburg ist die Handelskammer schon seit längerem und mit der Schaffung des HIBB erfolgreich bemüht, die beruflichen Schulen aus dem Schulwesen insgesamt heraus zu brechen und unter eigene Regie zu bringen. Dabei kommt es der Handelskammer allein auf die duale Ausbildung an. Die Konzentration auf das „Kerngeschäft“, die duale Ausbildung, geht einen Schritt weiter, wenn die beruflichen Gymnasien aus dem Beruflichen Bildungswesen heraus gebrochen wird. Die Gefahr ist real, dass die vollzeitschulischen Berufsfachschulen und die Berufsvorbereitung die nächsten sind, die folgen werden.

## **ANHANG I**

Die Pisa-E Ergebnisse bestätigen: Die „Risikogruppe“ (15jährige auf oder unter Kompetenzstufe 1) im Leseverständnis ist in Hamburg mit weit über einem Viertel aller SchülerInnen (27,6%) extrem hoch.

Hamburg ist das Land, das eine besonders große Spitzengruppe und gleichzeitig eine besonders große Risikogruppe hat. D. h. in Hamburg ist die Spreizung zwischen sehr erfolgreichen und sehr wenig erfolgreichen SchülerInnen besonders groß.

Insbesondere in den Stadtstaaten Bremen und Hamburg sind die Unterschiede zwischen dem ökonomischen, sozialen und kulturellen Status der Eltern extrem hoch.

In Hamburg ist die Zahl der Bevölkerung, die über sehr geringe sozioökonomische und kulturelle Ressourcen verfügt, extrem hoch.

Die Chance eines Akademikerkindes, ein Gymnasium zu besuchen, ist in Hamburg 7,53 mal so hoch wie die eines Facharbeiterkindes. bei gleicher Lese- und Mathematikkompetenz immer noch 3,55 mal so hoch.

**Quelle: Pisa Studie 2003 und LI Hamburg / U. Vieluf**

**PISA 2003: Vergleich des ökonomischen, sozialen und kulturellen Status**

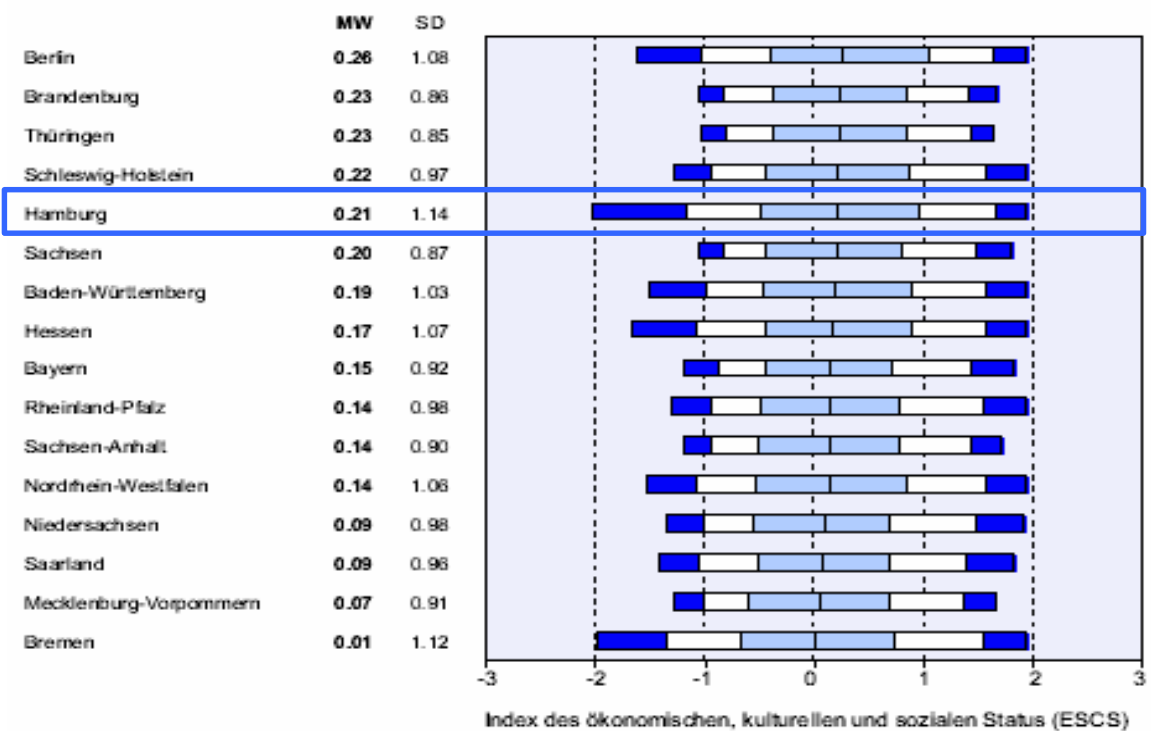
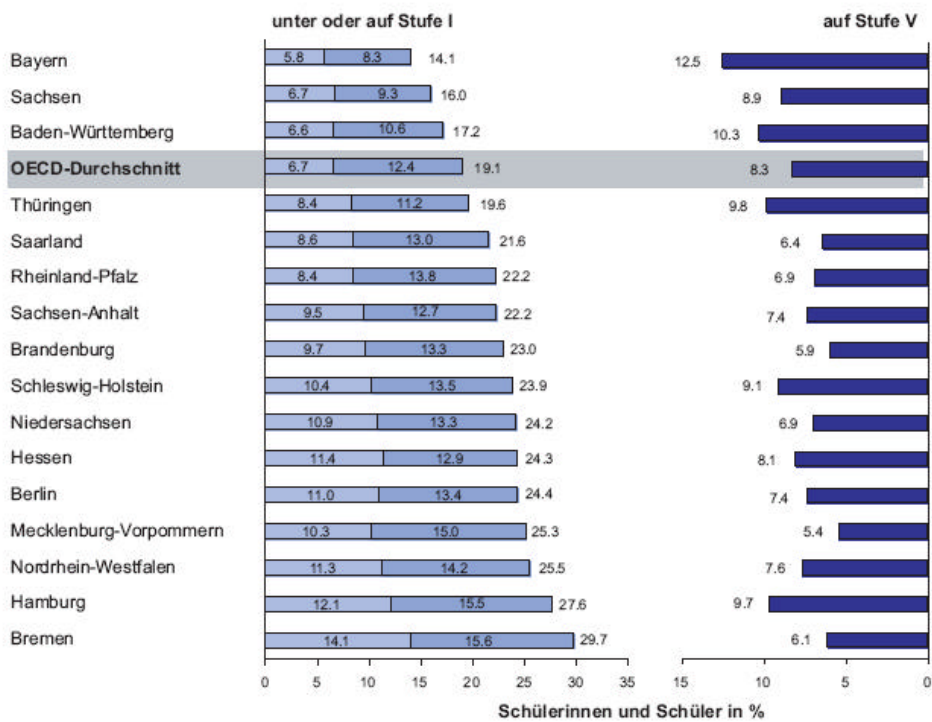
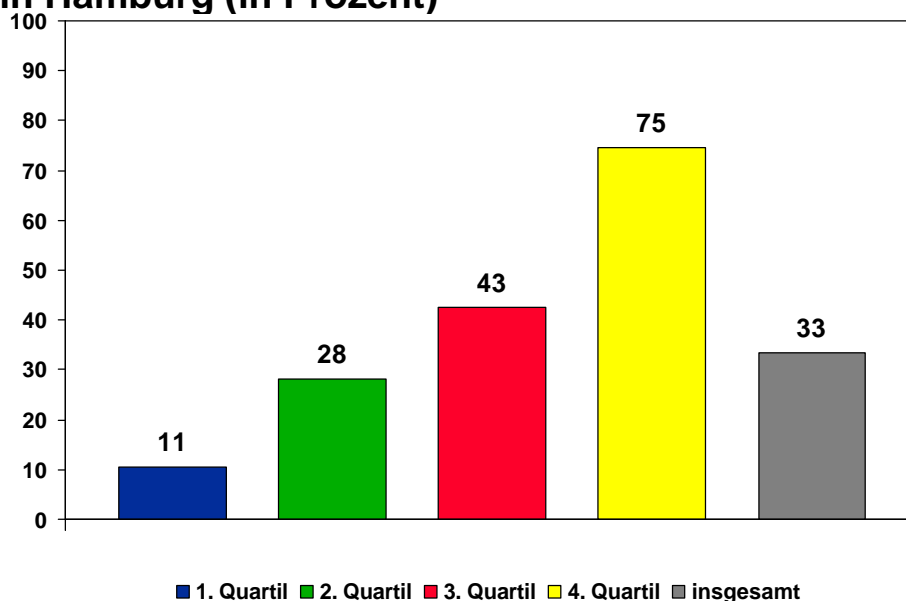


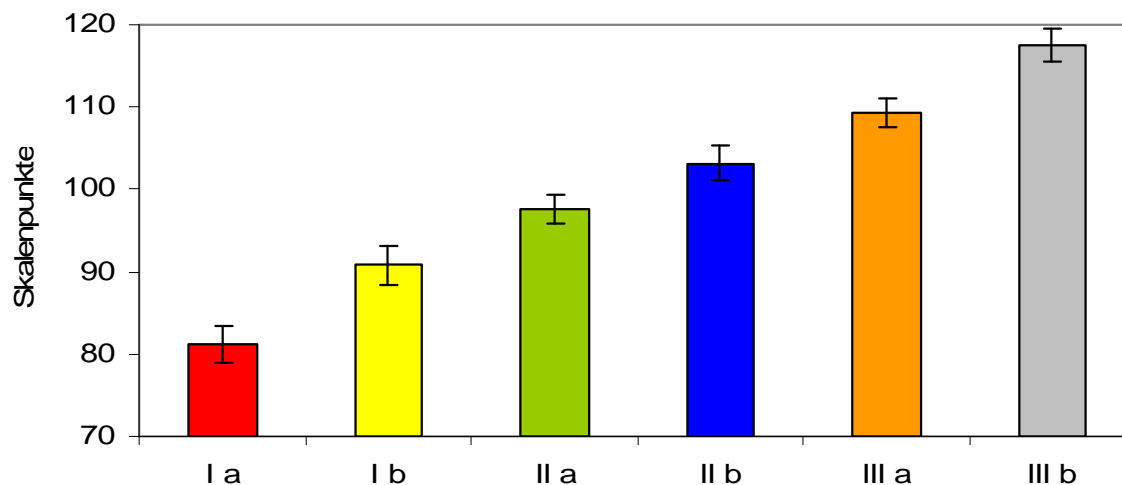
Abbildung 3.2: Anteile der Schülerinnen und Schüler unter oder auf Kompetenzstufe I beziehungsweise auf Kompetenzstufe V der Lesekompetenz nach Ländern



## PISA 2003: Expansionsgrad des Gymnasiums und Gymnasialbeteiligung nach Sozialschicht (ESCS) in Hamburg (in Prozent)

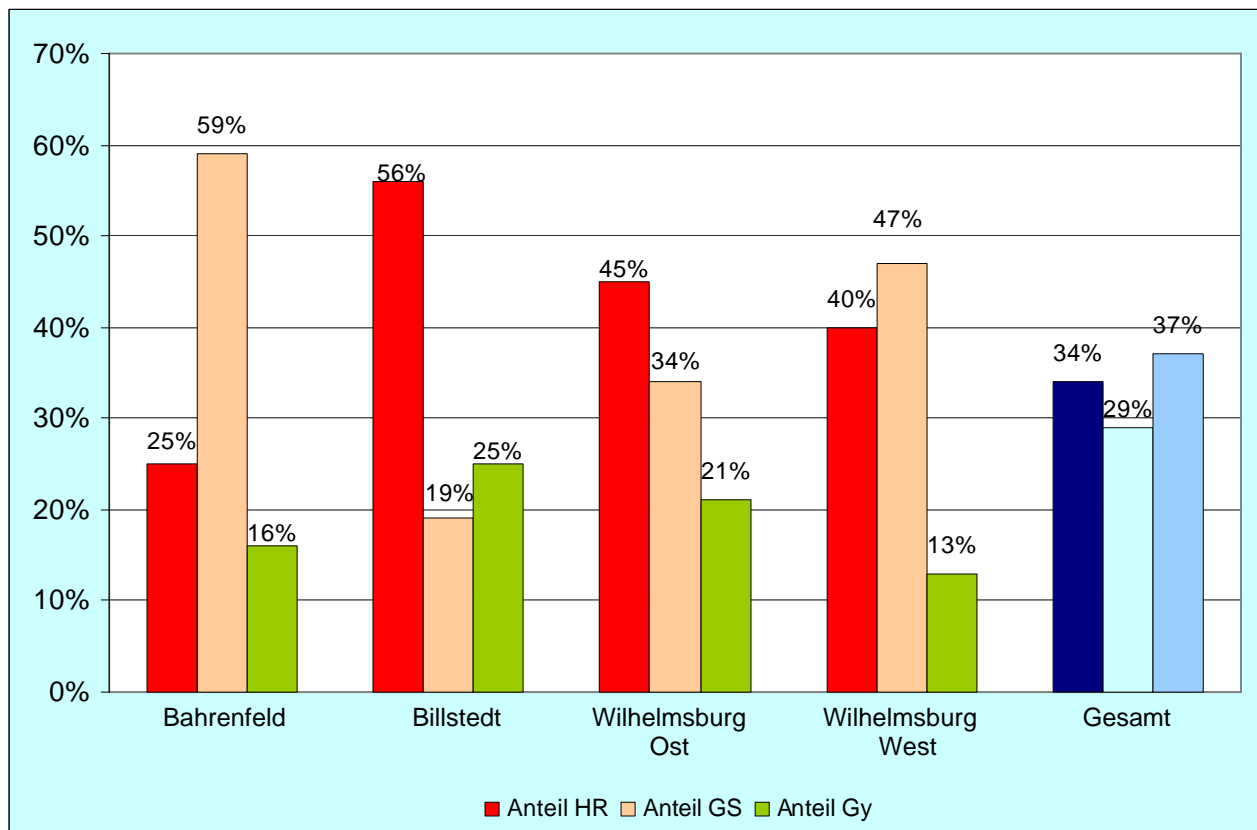


## KESS 4: Soziale Lage und Lesekompetenz



Die Verteilung der Schüler und Schülerinnen auf die Schulformen in den sozial besonders benachteiligten Stadtteilen in Hamburg zeigt deutlich überdurchschnittliche Anteile bei den Haupt- und Realschulen und noch deutlicher unterdurchschnittliche Anteile bei den Gymnasien.

## Regionalanalysen: Verteilung auf die Schulformen



Die soziale Spaltung, die zwischen „reichen“ und „armen“ Stadtteilen existiert, lässt sich selbstverständlich nicht durch eine veränderte Schulstruktur auflösen. Die Daten machen aber deutlich, dass die Selektion in verschiedene Schularten diese soziale Spaltung noch verstärkt. So wandern Kinder von Eltern aus bildungsnahen Schichten z.B. aus Billstedt an Gymnasien in anderen Stadtteilen ab und übrig bleiben diejenigen in Billstedt, die solche Möglichkeiten nicht nutzen (können).

## **ANHANG II**

### **Beschluss der Landesvertreterversammlung der GEW Hamburg vom 27. November 2006**

#### **Länger gemeinsam lernen – Hamburg braucht eine Schule für alle Kinder!**

**Die GEW Hamburg bekräftigt ihre Forderung nach einer Schule für alle in staatlicher Trägerschaft, im Sinne eines integrativen Schulsystems bis mindestens zum Abschluss der Sekundarstufe I und macht die Umsetzung dieser Forderung zu einem Schwerpunkt ihrer bildungspolitischen Arbeit.**

**Die GEW fordert als eine Gelingensbedingung eine angemessene Mittelzuweisung und die Abschaffung des AZM, das immer mehr PädagogInnen belastet.**

Dazu gehört im Einzelnen:

- Anknüpfend an die Tagung am 7.10. (Hamburg braucht eine Schule für alle – welche Schritte gehen wir jetzt?) verstärkt die GEW die Zusammenarbeit mit allen Kräften in dieser Stadt, die das Ziel einer integrativen Schule für alle Kinder verfolgen.
- Gemeinsam mit Bündnispartnern aus Parteien, Lehrer-, Schüler- und Elternorganisationen, Gewerkschaften, WissenschaftlerInnen und anderen bildungspolitisch relevanten Bereichen werden wir in der Öffentlichkeit für dieses Ziel mit unseren Argumenten werben, um eine Mehrheit in Hamburg dafür zu erreichen.
- Hierzu unterstützt die GEW Hamburg die am 7.10. von den Veranstaltern der Tagung verabschiedete „Hamburger Erklärung“ und fordert alle Kolleginnen und Kollegen innerhalb und außerhalb der GEW dazu auf, diese Erklärung zu unterzeichnen und für ihre Verbreitung zu sorgen.
- Die GEW Hamburg beteiligt sich an öffentlichkeitswirksamen Aktionen, Kampagnen und Informationsoffensiven mit dem Ziel, Zustimmung in Hamburgs Bevölkerung für das Ziel einer Schule für alle zu erreichen.
- Sie hält das Instrument einer Volksinitiative für eine Schule für alle grundsätzlich für sinnvoll und setzt die Prüfung der Realisierbarkeit einer solchen Initiative gemeinsam mit Bündnispartnern fort.
- Innerhalb der GEW Hamburg wird die Debatte um die Ausgestaltung und die Wege zu einem integrativen Schulsystems unter Einbeziehung aller Fachgruppen mit Priorität in der geeigneten Form aufgenommen bzw. fortgeführt.
- Eine Schule, die individuell fördert, die auf Binnendifferenzierung, statt auf Aussortieren setzt und die ohne Sitzenbleiben und Abschulung auskommt, erfordert kleine Lerngruppen und gute Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte. Zu den guten Arbeitsbedingungen gehört die Abkehr von einer Schule der Konkurrenz und fragwürdiger Leistungsvergleiche: Keine selbstverwaltete Schule mit Budgetdruck. Diesen Zusammenhang wird die GEW als Bildungsgewerkschaft in der Diskussion um die Ausgestaltung eines integrativen Schulsystems immer wieder deutlich machen.

#### **Begründung:**

Wir wollen, dass alle Kinder und Jugendlichen in Hamburg gleich gute Chancen auf eine bestmögliche Bildung und Ausbildung bekommen.

Wir wollen leistungsfähige Schulen, in denen alle Kinder eine an ihren Stärken und Schwächen orientierte Förderung erhalten.

Denn wir wissen: Nur dadurch haben alle Kinder und Jugendlichen später gute Chancen auf beruflichen Erfolg und gesellschaftliche Teilhabe.

Doch PISA und andere Studien zeigen uns deutlich: Von diesem Ziel sind wir meilenweit entfernt. Im internationalen Vergleich sind die schulischen Leistungen nur mittelmäßig.

Die „Risikogruppe“ derjenigen, die wegen mangelhafter Lernerfolge kaum Chancen auf ein selbstständiges Leben haben, ist in Hamburg erschreckend hoch.

Das ist nicht die Schuld der Kinder, sondern vor allem des Schulsystems: In keinem anderen Land ist der Schulerfolg der Kinder so abhängig von der sozialen und ethnischen Herkunft ihrer Eltern. Kinder aus ärmeren Familien haben es oft schwerer und sie werden in der Schule nicht entsprechend gefördert – selbst wenn sie genauso gute Leistungen bringen. Frühe gemeinsame Förderung ist entscheidend für den späteren Schulerfolg.

Die Verteilung auf die Schulformen erfolgt eher nach sozialen Gründen als nach Leistung und Begabung. So werden Kindern Lebenschancen verweigert, Begabungen gehen verloren.

Für diese Misere gibt es eine Reihe von Gründen: Instabile Familienverhältnisse und unzureichende Deutschkenntnisse, mangelnde Unterrichtsqualität, Überforderung von Lehrerinnen und Lehrern, starre Strukturen in Schulen und Verwaltungen und eine viel zu geringe Ressourcenausstattung der Bildungseinrichtungen. Doch eine ganz entscheidende Ursache ist offensichtlich unser vielfach gegliedertes Schulsystem. In fast allen anderen Ländern gibt es das schon längst nicht mehr – schon gar nicht in den erfolgreichsten! Dort lernen die Kinder länger gemeinsam – und dadurch lernen alle mehr und besser!

Unser Schulsystem aus dem vorletzten Jahrhundert basiert auf früher Auslese statt auf Chancengleichheit durch individuelle Förderung.

Es gibt nicht drei oder vier Typen von Kindern – jedes Kind ist einzigartig in seinen Stärken und Schwächen, seinen Begabungen und Interessen. Manche sind schneller und starten früher durch, andere brauchen mehr Zeit und Hilfe. Wenn unterschiedliche Kinder zusammen kommen, lernen sie voneinander und gemeinsam mehr. Es geht um die Anerkennung von Unterschieden. In den erfolgreichen Ländern gibt es deshalb eine Schule, in der jedes Kind individuell gefördert wird, ohne Sortieren, Sitzenbleiben und Abschulen. Dafür werden die Lehrkräfte auch ausgebildet, motiviert und in ihrem Arbeitsumfeld gut ausgestattet.

Auch in Deutschland wächst die Unterstützung für eine grundlegende Reform des Schulwesens: bei Eltern und Lehrkräften, in Betrieben und Verbänden, in Wissenschaft und Politik.

Die Erfahrungen, die Hamburg in hohem Maß mit integrativen Schulen hat - vor allem mit Grundschulen und Gesamtschulen -, bieten eine gute Grundlage für unsere Vorstellungen einer Schule für alle Kinder.

Die Trennung der Schüler/innen nach Klasse vier, die Aufteilung in höhere und geringerwertige Bildungsgänge, die soziale Selektion in Schulformen ist nur aufzuheben, wenn alle Kinder und Jugendlichen in eine integrative Schule gehen.

Zu Recht macht die „Hamburger Erklärung“ darauf aufmerksam, dass die Misere des Deutschen Schulwesens nicht allein durch das gegliederte Schulwesen verursacht wird, sondern u. a. durch die zu geringe Ressourcenausstattung. Besonders dieser Zusammenhang muss von der GEW thematisiert werden, da er direkt die Arbeitsbedingungen der Gewerkschaftsmitglieder betrifft. Eine gute Schule, in der alle Kinder in heterogenen Lerngruppen unterrichtet werden, in der individuelle Förderung stattfindet und die ohne das Aussortieren von Schülerinnen und Schülern in unterschiedliche Niveaus auskommt, kann nicht mit großen Lerngruppen und überlasteten Lehrerinnen und Lehrern gemacht werden. Eine solche Schule würde von Eltern, Schülern und Lehrkräften als unattraktiv angesehen. Die Reform würde Stückwerk bleiben.